

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

16.4.1932 (No. 89)

**Expedition:**  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Karlstraße  
Nr. 253  
und 254  
Postfachkonto  
Karlstraße  
Nr. 3513

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsangehörigen  
Korrespondenten  
G. U n e b e n,  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühren: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite, Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiert Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Klagen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beiziehung und Kontofortverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Außerbetriebung, Wolschritbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralanleihebesitzer für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Geßtwahltag am 24. April

Am 24. April dieses Jahres finden in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Oldenburg Landtagswahlen sowie in Hamburg Bürgerstimmwahlen statt. In den Ländern Preußen, Württemberg und Anhalt sind sie notwendig geworden, weil die Legislaturperiode abgelaufen ist, während in Oldenburg die Auflösung des Landtags nach Annahme des Volksbegehrens erfolgt ist. In den erstgenannten drei Ländern hatten die letzten Landtagswahlen am 20. Mai 1928, in Oldenburg am 17. Mai 1931 stattgefunden.

Die Landtagswahlen in Preußen sind für das ganze Reich von größter Bedeutung. Sie finden unter stark veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen statt; die Kräfteverteilung hat sich wesentlich geändert und ebenso ist das preußische Wahlgesetz dahin abgeändert worden, daß bei den kommenden Wahlen statt wie bisher auf je 40 000 nun auf je 50 000 abgegebenen gültigen Stimmen 1 Abgeordneter entfallen soll. Der preußische Landtag zählte bisher 450 Abgeordnete. Bei den letzten Wahlen sind nicht weniger als 36 Landeswahlvorschläge eingereicht worden. Ihre Zahl beträgt bei diesen Wahlen 19.

Die Zahl der Stimmberechtigten betrug bei den letzten Landtagswahlen in Preußen 25 210 676, die Wahlbeteiligung 76,42 Prozent. An gültigen Stimmen wurden abgegeben 18 853 460, davon entfielen auf die Sozialdemokratie 5 466 394 (29,0 v. H., 137 Mandate), die Deutschnationalen 3 275 490 (17,4 v. H., 82 Sitze), Zentrum 2 871 454 (15,2 v. H., 71 S.), Deutsche Volkspartei 1 602 713 (8,5 v. H., 40 S.), Kommunisten 2 238 261 (11,9 v. H., 56 S.), Demokraten 837 594 (4,4 v. H., 21 S.), Wirtschaftspartei 860 404 (4,6 v. H., 21 S.), Nationalsozialisten 552 659 (2,9 v. H., 8 S.), Landvolk 554 744 (3,0 v. H., 12 S.), Aufwertungspartei 266 399 (1,4 v. H., 2 S.), andere Parteien 327 348 (1,7 v. H., 0 S.).

In Bayern betrug bei den letzten Wahlen am 20. Mai 1928 die Zahl der Stimmberechtigten 4 607 846, davon wurden 3 312 944 gültige Stimmen abgegeben (71,8 v. H.). Die Wahlbeteiligung betrug 74,15 v. H., auf die Sozialdemokraten entfielen 802 951 Stimmen (24,2 v. H., 34 S.), Deutschnationalen 306 649 (9,3 v. H., 13 S.), Bayerische Volkspartei 1 045 963 (31,6 v. H., 46 S.), Deutsche Volkspartei 109 524 (3,3 v. H., 4 S.), Kommunisten 125 842 (3,8 v. H., 5 S.), Demokratische Partei 108 771 (3,3 v. H., 0 S.), Wirtschaftspartei 105 808 (3,2 v. H., 0 S.), Nationalsozialisten 211 030 (6,4 v. H., 9 S.), Bauernbund 386 056 (11,6 v. H., 17 S.), Aufwertungsparteien 53 149 (1,6 v. H., 0 S.), andere Parteien (Grund- und Hausbesitzerpartei, Christlicher Volksdienst, Bayerische Partei gegen Zentralisation in Berlin, Alte kommunistische Partei N.S.P.D.) 57 201 (1,7 v. H., 0 S.).

Bei den Wahlen in Württemberg betrug die Zahl der Stimmberechtigten 1 653 216, die Wahlbeteiligung betrug 68,55 v. H., die Zahl der gültigen Stimmen 1 121 093; davon entfielen auf Sozialdemokraten 267 077 (23,8 v. H., 22 S.), Deutschnationale 64 131 (5,7 v. H., 4 S.), Zentrum 219 846 (19,6 v. H., 17 S.), Deutsche Volkspartei 57 758 (5,1 v. H., 4 S.), Kommunisten 82 525 (7,4 v. H., 6 S.), Demokraten 113 196 (10,1 v. H., 8 S.), Wirtschaftspartei 12 226 (1,1 v. H., 0 S.), Nationalsozialisten 20 342 (1,8 v. H., 0 S.), Bauernpartei 202 481 (18,1 v. H., 16 S.), Aufwertungspartei 37 098 (3,3 v. H., 0 S.), Evangelischer Volksdienst 43 440 (3,9 v. H., 3 S.). Der Württembergische Landtag zählt zur Zeit 80 Abgeordnete.

In Anhalt betrug die Zahl der Stimmberechtigten 231 361, die Wahlbeteiligung 88,11 v. H., die Zahl der gültigen Stimmen 199 052, davon entfielen auf die Sozialdemokraten 84 507 (42,5 v. H., 15 S.), Deutschnationalen 13 317 (6,7 v. H., 2 S.), Zentrum 2288 (1,1 v. H., 0 S.), Deutsche Volkspartei 30 867 (15,5 v. H., 6 S.), Kommunisten 14 957 (7,5 v. H., 3 S.), Demokraten 8444 (4,2 v. H., 2 S.), Wirtschaftspartei 6799 (3,4 v. H., 1 S.), Nationalsozialisten 4117 (2,1 v. H., 1 S.), Bauernpartei 21 721 (10,9 v. H., 4 S.), Aufwertungspartei 1932 (1,0 v. H., 0 S.), Anhaltischer Haus- und Grundbesitz 8269 (4,2 v. H., 2 S.).

In Oldenburg betrug die Zahl der Stimmberechtigten 353 167, die Wahlbeteiligung 74,9 Prozent, die Zahl der gültigen Stimmen 262 683, davon entfielen auf die Sozialdemokraten 54 893 (20,9 v. H., 11 S.), Deutschnatio-

### Letzte Nachrichten

#### Hindenburg für gleichmäßige Behandlung aller Kampfformationen

Der Reichspräsident an Groener

WTB. Berlin, 16. April. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichsminister des Innern Groener das nachfolgende Schreiben gerichtet:

„Berlin, den 15. April 1932.  
Sehr geehrter Herr Reichsminister!  
Die das Verbot der SA. und SS. ausprechende Verordnung vom 13. April 1932 habe ich vollzogen, nachdem Sie mir in ersten Worten die Schwierigkeit der politischen Lage dargelegt und den Erlaß dieser Verordnung zur Sicherung der Staatsautorität als unbedingt notwendig bezeichnet haben, und nachdem die Reichsregierung einstimmig Ihrem Antrage beigetreten war.  
Inzwischen ist mir unter Übergabe von Belegmaterial mitgeteilt worden, daß ähnlich geartete Organisationen wie die hier verbotenen auch bei anderen Parteien bestehen. In Erfüllung meiner Pflicht zur überparteilichen Ausübung meines Amtes und gleichmäßigen Anwendung der Gesetze muß ich verlangen, daß — falls dies richtig ist —, auch diese Organisationen der gleichen Behandlung verfallen. Ich überlasse Ihnen anbei das mir zugegangene Material mit dem Ersuchen, es mit dem gleichen Ernst zu prüfen, den ich Ihrem Antrage entgegengebracht habe und mir alsbald das Ergebnis Ihrer Prüfung und einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen!  
Mit freundlichen Grüßen  
gez. von Hindenburg.“

#### Zwei Kreuzer in Schiffsungen

WTB. Stockholm, 16. April. (Tel.) „Dagens Nyheter“ erfährt, man habe gestern festgestellt, daß die italienischen Staatsobligationen in einer Stockholmer Druckerei hergestellt worden sind. Durch Schriftsachverständige wurde erwiesen, daß die Namensunterschriften der Obligationen von Kreuzer persönlich gefälscht sind. Im Geheimversteck Kreuzers habe man die von einem italienischen Graveur hergestellten Druckplatten gefunden. Das genannte Blatt will weiter aus wohlinformierter Quelle wissen, die italienische Gesandtschaft in Stockholm beabsichtigt, sich heute an das schwedische Außenministerium wegen der Fälschungen zu wenden.

#### Sinanzbesprechungen in Amerika

WTB. New York, 16. April. (Tel.) Wie „New York Times“ aus Washington melden, soll bei den Konferenzen im Staatsdepartement zur Beratung der Maßnahmen angefangen werden, die die Festschreibung des Schultendienstes, namentlich der südamerikanischen Staaten und der Einfuhrbeschränkungen empfohlen worden sein, eine Organisation der amerikanischen Bonds-Inhaber nach englischem Muster ins Leben zu rufen. Hinsichtlich der Einfuhrbeschränkungen wurde zum Ausdruck gebracht, daß besonders Frankreich überaus rigoros gegen die amerikanischen Einfuhr vorgehe.

Einberufung des Hessischen Landtags. Auf Antrag der nationalsozialistischen Fraktion hat der Landtagspräsident den Hessischen Landtag auf Dienstag einberufen.

In Oldenburgischen Landtag fand am Freitag das Verbot der SA. durch die Reichsnotverordnung zur Debatte. Die Abstimmung über den Antrag der Nationalsozialisten über Verschwerdeinlegung beim Reichsinnenminister ergab am Nachmittags Stimmengleichheit, wobei sich Nationalsozialisten, Deutschnationale, Volkspartei und Landvolk mit 14 Stimmen und Sozialdemokraten, Staatspartei, Zentrum und Kommunisten mit gleichfalls 14 Stimmen gegenüberstanden. Die Abstimmung wurde mit dem gleichen Ergebnis wiederholt. Damit war der nationalsozialistische Antrag endgültig abgelehnt.

nalen 12 653 (4,8 v. H., 2 S.), Zentrum 46 255 (17,6 v. H., 9 S.), Deutsche Volkspartei 10 774 (4,1 v. H., 2 S.), Kommunisten 18 942 (7,2 v. H., 3 S.), Demokraten 8515 (3,3 v. H., 1 S.), Wirtschaftspartei 4275 (1,6 v. H., 0 S.), Nationalsozialisten 97 802 (37,2 v. H., 19 S.), Bauernpartei 5404 (2,1 v. H., 1 S.).

In Hamburg beträgt die Zahl der Abgeordneten 160, dort haben die letzten Wahlen am 27. September 1931 stattgefunden. Es entfielen dabei auf die Sozialdemokraten 214 509 (46 Sitze), auf die Kommunisten 168 618 (35 S.), auf die Deutschnationalen 43 269 (9 S.), auf die Staatspartei 67 088 (14 S.), auf die Deutsche Volkspartei 36 920 (7 S.), auf die Wirtschaftspartei 11 373 (2 S.), auf die Nationalsozialisten 202 465 (43 S.), auf das Zentrum 10 794 (2 S.), auf die Volksrechtspartei 1156 (0 S.), auf die Liste Seidow 1937 (0 S.), auf den

### \* Zur politischen Lage

Genf

Reichskanzler Dr. Brüning ist gestern in Genf eingetroffen, um in seiner Eigenschaft als Außenminister an den kommenden Besprechungen teilzunehmen. Ob diese Besprechungen eine einigermaßen vernünftige und befriedigende Entscheidung bringen werden, ist einstweilen noch zu bezweifeln; denn nachwieder bewegt sich die französische Politik in Bahnen, die wir unmöglich betreten können.

Gerade im Hinblick auf die zu erwartenden Schwierigkeiten ist es als überaus erfreulich zu bezeichnen, daß Reichskanzler Dr. Brüning politisch und moralisch in einer sehr starken Adjustierung die Arena von Genf betritt. Zunächst einmal weiß man, daß der Kanzler das ungeschwächte Vertrauen des wiedergewählten Reichspräsidenten besitzt. Bekanntlich hat Hindenburg den Reichskanzler gebeten in seinem Amt zu bleiben und auch von einer nur formell gedachten Demission Abstand zu nehmen.

Zweitens hat die Wiederwahl Hindenburgs, die mit absoluter Mehrheit erfolgte, von neuem gezeigt, daß das deutsche Volk eine ruhige und stetige, deshalb aber nicht weniger zielklare Politik wünscht, daß es jedenfalls allen gefährlichen Experimenten abhold ist. Diese Tatsache ist geeignet, die Position des Kanzlers in Genf aufs Beste zu untermauern. Er kann aber gleichzeitig auch darauf hinweisen, daß in allen Fragen der nationalen Würde und in allen Fragen, die die Lebensinteressen der Nation berühren, das ganze Volk ohne Unterschied hinter ihm steht.

Er kann zum dritten darauf hinweisen, daß die Reichsregierung sich stark genug fühlt, ihren Willen unter allen Umständen, so auch einer scharf oppositionellen Minderheit gegenüber durchzudrücken, und daß sie sich nicht scheut, die Staatsautorität auch mit energischen und drastischen Mitteln überall dort zu wahren, wo sie bedroht erscheint.

Das Verbot der SA. ist auch für das Ausland der beste Beweis dafür, daß das Reichskabinet unter der Zustimmung des Reichspräsidenten fest entschlossen ist, eine militärisch aufgelegene Macht, mag sie an sich auch unbewaffnet sein, neben den legalen Machtmitteln des Staates nicht zu dulden. Wenn Herr Tardieu, wie dieser Tage gemeldet wurde, wirklich die Absicht gehabt hat, auf der Abrüstungskonferenz die Existenz der „Hitlerischen Privatarmee“ dialektisch zu einer Verdächtigung der deutschen Friedenspolitik zu benutzen, dann fällt auch dieser scheinbare Vorwand jetzt in sich zusammen. Auch ohnedem hätte ja wohl kein vernünftiger Mensch der Behauptung geglaubt, daß Hitlers SA. eine Umkehrung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags in sich schließen. Aber wir haben es nicht nur mit vernünftigen, sondern auch mit unvernünftigen Menschen im Ausland zu tun. Und wir haben vor allem kein Interesse daran, der französischen Politik die schon ohnehin mit einer beunruhigenden Geschäftigkeit gegen uns operiert, neue Vorwände zu liefern, und seien sie auch noch so fadenscheinig. Natürlich ist das Verbot selbst nicht aus außenpolitischen Gründen, sondern aus staatspolitischen Erwägungen heraus erfolgt. Und ebenso unsinnig ist die Behauptung, Tardieu habe sich schon vor einigen Monaten vom Kanzler das Versprechen jenes Verbots geben lassen.

Ein Akt politischer Klugheit war es, daß jetzt das Reichsbanner freiwillig die Aufhebung aller außerordentlichen Schutzmaßnahmen angeordnet hat. „Die besonderen Funktionen, die der Schuß und den Sonderformationen übertragen waren, hören nunmehr auf. Das Reichsbanner wollte und will niemals Staat im Staate sein und

Christl.-Sozialen Volksdienst 10 874 (2 S.). Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 914 284.

Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten in den 5 Ländern und Hamburg, in denen am 24. April gewählt wird, ist nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom Jahre 1930 insgesamt 32 970 553, das sind 93,3 v. H. aller im Deutschen Reich Stimmberechtigten. Bei einer Wahlbeteiligung von 90 v. H. würden davon 28 850 642 Stimmen abgegeben, davon in Preußen 22 689 608, in Bayern 4 147 053, in Württemberg 1 487 894, in Oldenburg 317 850 und in Anhalt 208 224.

In Preußen, wo die Stimmzahl für 1 Mandat auf 50 000 festgesetzt werden soll, würde sich danach eine Abgeordnetenziffer von 453 ergeben. In Bayern sind 128, in Württemberg 80, in Anhalt 36 und in Oldenburg 48 Abgeordnete zu wählen.





